

Edition Coop GUKA

Praxisbericht Nr. 1

UVP-Gesetz und Bürgermitarbeit

Das Ephesos-Modell

**Ein Kommunikationsmodell zur Bürgermitarbeit
während des UVP-Verfahrens**

Autoren

**Dr. Günther Kienast
DSA Werner Erber**

Das Österreichische Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gesetz (UVPGes) gilt für "Trassenverordnungen" (Bahn, Straße) seit 1. Juli 1994. Für alle anderen Projekte seit 1.1.1995.

Die Kienast & Kienast GesmbH für Forschung + Bildung + Öffentlichkeitsarbeit, ein Gründungsmitglied der Coop GUKA, wurde von der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG (HL AG) beauftragt, ein Modell für die UVP-begleitende Bürgermitarbeit im Vorfeld des eigentlichen Behördenverfahrens zu entwickeln und durchzuführen. Dieses Modell kam bei der ersten "Trassen-UVP" bei der Güterzugumfahrung St. Pölten zur Anwendung.

Die Bezeichnung des Modells als "Ephesos-Modell" soll signalisieren, dass es dabei um ein Dialog- und Konfliktmanagementmodell ganz im Geiste der Zusammenlebens-Kultur in der berühmten Handelsmetropole der Antike geht.

Das Ephesos-Modell soll helfen, dem Ziel des UVP-Gesetzes, verstärkte Bürgerinformation und -beteiligung zu ermöglichen, auch in der Praxis und im Sinne der Betroffenen gerecht zu werden.

Dr. Günther Kienast

studierte Pädagogik und Soziologie und beschäftigt sich seit über 10 Jahren mit Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit umweltrelevanten Projekten. Er begleitete viele Projekte, unter anderem im Rahmen der Abfallwirtschaft und dem Eisenbahnbau, und veröffentlichte seine Erfahrungen im Konfliktmanagement in zahlreichen Publikationen, zum Beispiel im Buch "Mit den Betroffenen. Impulse zum praktischen Umgang mit Bürgerinitiativen" (Wien 1988). Er ist geschäftsführender Gesellschafter der Kienast & Kienast GesmbH in Retz, die sich schwerpunktmäßig mit Projekten zur mitwirkungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit beschäftigt. Als Lehrbeauftragter für Kommunikationspolitik gibt er sein Wissen an der Universität Wien weiter.

DSA Werner Erber

ist Sozialarbeiter und Umweltberater. Er baute die erste österreichische Umweltberatungsstelle mit auf. Seit 1992 ist er selbständiger Umweltberater mit den Schwerpunkten: Projekte zur Abfallvermeidung, Organisation von Veranstaltungen - vor allem bei Bürgerbeteiligungsprojekten und Konzepte zur Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Copyright 1995 by
Kienast & Kienast GesmbH - Eigenverlag - Retz
Endredaktion: Mag. Ernst Leitner, Coop GUKA
Umschlag: Göllner & Leitner - Wien, Druck und Bindung: Laser Design - Wien
ISBN - 3-9500429 - 0 - 3

© Das Ephesos-Modell ist geistiges Eigentum von Dr. Günther Kienast und ist daher urheberrechtlich geschützt und wurde mit der Nominierung zum PR-Staatspreis 1997 ausgezeichnet.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite 4
Statt einer Einleitung: UVP-Gesetz und Bürgerbeteiligung	Seite 6
Die Theorie	Seite 8
Das Ephesos-Modell - seine Ziele	Seite 8
Die Hauptaspekte des Modells	Seite 10
Das Prinzip der Kommunikationsarbeit in Gesprächsforen	Seite 10
Das Prinzip der Moderation und Prozessbegleitung	Seite 11
Das Prinzip der schriftlichen Dokumentation	Seite 12
Über die Qualifikation des Moderators	Seite 12
Zum Problem der Anerkennung des Ephesos-Modells durch alle Beteiligten	Seite 13
Die Praxis	Seite 14
Das Projekt der HL-AG "Güterzugumfahrung St. Pölten (GZU)"	Seite 14
Die projektbegleitende Arbeitsgruppe (PAG)	Seite 15
Das Regionale Forum	Seite 16
Die Gemeindeforen	Seite 17
Ergebnisse der Überprüfung der Anwendung des Ephesos-Modells bei der GZU	Seite 20
Literatur	Seite 22

Vorwort

Es ist nun über zehn Jahre her, dass ich begonnen habe, mich mit Fragen der Bürgemitarbeit und -beteiligung auseinanderzusetzen. Das von mir konzipierte Modell der "Bürgerbeiräte" als Begleitmaßnahme zur freiwilligen UVP bei den Sondermülldeponiestandorten Enzersdorf/Fischa und Blumau/Wild ist in der Zwischenzeit im In- und Ausland breit diskutiert und mehrmals wissenschaftlich untersucht worden.

Das Modell "Bürgerbeirat" war ein Beginn und rief bei allen Beteiligten einen intensiven Lernprozess hervor. Wir haben damals für Österreich Neuland betreten und - im Nachhinein gesehen - auch manchen Fehler bei der Installierung und Durchführung erkennen müssen.

Zwischenzeitlich wurde nach langjähriger Diskussion auch in Österreich ein Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPGes) beschlossen. Zum Beginn der Diskussion hatte ich auch die Gelegenheit, kommunikationswissenschaftliche Erkenntnisse und Praxiserfahrungen aus unseren Bürgerbeteiligungsprozessen in die Vorarbeiten zum Gesetz einzubringen. Vieles davon blieb im Laufe des parlamentarischen Diskussionsprozesses - sicherlich zur Enttäuschung vieler - auf der Strecke.

Das von mir aus Anlass des ersten UVP-Verfahrens nach dem österreichischen UVP-Gesetz entwickelte Bürgemitarbeitsmodell versucht, Schwächen des UVP-Gesetzes im Zusammenhang mit der Ermöglichung von Bürgemitarbeit auszugleichen.

Ich habe es nach dem antiken Zentrum "Ephesos" benannt, weil Ephesos ein Ort war, wo Menschen der verschiedensten Herkunft, aus den verschiedensten Schichten der damaligen Gesellschaften einander so begegneten, dass trotz oft sehr unterschiedlicher Weltbilder und Standpunkte, Dialog und gemeinsame Weiterentwicklung möglich war. Diskussionen, Rede- und Gegenrede fanden in den Foren, wie zB im großen Theater, das auch als Versammlungsforum genutzt wurde, statt. Funktionsträger der Stadt versuchten bei hitzigen Debatten oft die Rolle des Vermittlers (Moderators) einzunehmen, zumeist auch unter dem Hinweis auf Möglichkeiten, den jeweiligen Streit in der dafür geeigneten Rechtsform zu Ende zu führen.

Ähnlich ist es auch bei dem in der Folge beschriebenen Bürgemitarbeitsmodell im Zusammenhang mit dem UVP-Gesetz: im Vorfeld des eigentlichen Behördenverfahrens wird die Möglichkeit geboten, sich auf dieses Verfahren in Gesprächsforen intensiv vorzubereiten, um so vor der Behörde seinen Standpunkt um so besser vertreten zu können. Diese Möglichkeit gilt für Gemeindevertreter, für unmittelbar Betroffene wie Grundbesitzer und Nachbarn, für andere engagierte BürgerInnen genau so wie für Betreibervertreter.

Das Ephesos- Modell basiert auf Erkenntnissen der Wahrnehmungspsychologie und der Kommunikationswissenschaft.

Es ist ein Modell, das allen Beteiligten helfen soll,

- Informationen gegenseitig so auszutauschen, dass Inhalt und Sinn der jeweiligen Information vom Zuhörenden verstanden werden können.
- bei Konflikten Sachanteile und emotionale Anteile so auseinander zu halten, dass - ohne Zwang zum Konsens - Möglichkeiten für einen Lösungsprozess entstehen können.
- die Qualität ihrer Stellungnahmen im Sinne des UVP-Gesetzes durch vermehrte Sachkenntnisse zu verbessern.

Mein Partner, Werner Erber, und ich haben das Modell beim UVP-Projekt der HL-AG "Güterzugumfahrung St. Pölten" bereits in der Praxis erproben können. Für die Offenheit, dies zu ermöglichen, wollen wir uns an dieser Stelle beim Vorstand und bei der zuständigen Projektleitung der HL-AG bedanken.

Zur Evaluierung des Modells haben wir zum Abschluss eine schriftliche Befragung bei allen Mitgliedern der Gemeindeforen durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Befragung ermutigen uns, das Ephesos-Modell weiter anzuwenden und weiter zu entwickeln.

Retz, im Oktober 1995

Günther Kienast

Statt einer Einleitung: UVP-Gesetz und Bürgerbeteiligung - einige kritische Anmerkungen

Das österreichische UVP-Gesetz heißt im vollen Wortlaut:

"Bundesgesetz über die Prüfung der Umweltverträglichkeit und die Bürgerbeteiligung (Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz - UVP-G)"

und trat mit 1. Juli 1994 in Kraft.

Im Langtitel kommt zum Ausdruck, was wesentlicher Bestandteil dieses Gesetzes sein sollte, die Bürgerbeteiligung. Für alle, die sich schon im Vorfeld mit Bürgerinformation und -beteiligung beschäftigt hatten, war aber das, was im Gesetz unter "Beteiligung" festgeschrieben wurde, eine Enttäuschung. Der Gesetzgeber beschränkte sich in der vom Nationalrat beschlossenen Fassung im überwiegenden Ausmaß lediglich auf die Form der oftmaligen Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme durch "jedermann" in einzelnen Phasen des Prüfungsablaufes, sieht man von der zum Abschluss erfolgenden "öffentlichen Erörterung" ab. Beteiligung wird also vornehmlich in Prozessen des Lesens und Schreibens ermöglicht. (Siehe auch Grafik auf Seite 8)

Wer nun die Komplexität heutiger Projekte im Zusammenhang mit Umweltfragen kennt, wird sich sehr bald fragen, wie der einzelne Bürger durch alleiniges Lesen von Unterlagen ohne entsprechende Erläuterungen tatsächlich "zur Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen" beitragen kann/soll.

So wird im Gesetz nämlich die Aufgabe der Bürgerbeteiligung definiert (UVP-G, § 1 Abs. 2):

"Aufgabe der Bürgerbeteiligung ist die rechtzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit über Vorhaben, um jedermann die Möglichkeit zu geben, zur Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen zum Vorhaben Stellung zu nehmen und an einer öffentlichen Erörterung des Vorhabens teilzunehmen."

Dieser Prozess soll in der Regel ab Antragstellung durch den Betreiber nach 18 Monaten abgeschlossen sein (UVP-G § 7 Abs. 2).

Die Verantwortlichen der Eisenbahn-Hochleistungs AG und ihre Planer erkannten, dass das bloß gesetzmäßige Vorgehen mit den damit verbundenen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, keine Kommunikation über die Komplexität und die Verbesserungsaspekte und -wünsche ermöglicht. Die öffentliche Erörterung ist für eine Trassenführung ein zu später Zeitpunkt für direkte Kommunikation, da Änderungen dann nur mehr unter einem wesentlich höherem planerischen und finanziellen Aufwand

vorgenommen werden können als während des Prozesses der Ausarbeitung der UVE (Umweltverträglichkeitserklärung). Daher beauftragte die HL-AG die Kienast & Kienast GesmbH mit der Entwicklung eines Modells, das eine effektivere Bürgermitarbeit im Sinne von direkter Kommunikation ermöglicht.

UVP-Verfahrensablauf im Überblick

(Die Paragraphenangaben beziehen sich auf das UVP-G)

Verfahrensschritt	Bürgermitarbeit/Fristen
Projektwerber zeigt Vorhaben bei der UVP-Behörde durch Vorlage eines UVE-Konzeptes an (§ 4).	Mind. 6 Monate vor Genehmigungsantrag und Vorlage der UVE.
Behörde sendet UVE-Konzept an Standortgemeinde(n), Anrainergemeinden, mitwirkende Behörden und Umweltanwalt (§ 4 Abs 3 und 6).	4 Wochen Auflage in Standort- und Anrainergemeinden, Stellungnahme durch jedermann.
Projektwerber bringt Genehmigungsantrag mit UVE + Projektunterlagen bei der UVP-Behörde ein. Behörde versendet Unterlagen an Nebestehende..... (§ 5).	4 Wochen Möglichkeit zur Stellungnahme durch Umweltanwalt, Standort- und Anrainergemeinden, BM für Umwelt.
Behörde erstellt einen Zeitplan (§7), eine vorläufige Gutachterliste und den Untersuchungsrahmen für das UV-Gutachten (§ 8). Dies wird mit der UVE und sämtlichen bisher eingelangten Stellungnahmen zur öffentlichen Auflage versandt. (§ 9)	6 Wochen Auflagefrist bei Standortgemeinden und betroffenen Bezirksverwaltungsbehörden. Kundmachung auch in den Anrainergemeinden. Jedermann kann Stellung-Bürgerinitiativen können gegründet werden (§ 19 Abs 4).
Behörde und ihre Gutachter erstellen das Umweltverträglichkeitsgutachten (§ 12) und übermitteln es unverzüglich an Projektwerber, mitwirkende Behörden, Umweltanwalt, Bezirksverwaltungsbehörden, Standortgemeind(en) (§ 13).	Auflage mindestens vier Wochen und jedenfalls bis zum Ende der öffentlichen Erörterung.
Öffentliche Erörterung des UV-Gutachtens (§ 14).	Spätestens 6 Wochen nach Einlangen des UV-Gutachtens bei der Behörde. Jedermann kann Stellung nehmen, Fragen stellen.
Protokoll über Ergebnis	4 Wochen Einsichtnahme

Die Theorie

Das Ephesos-Modell - seine Ziele

Das Ephesos-Modell ist ein Modell, das offene Kommunikationsprozesse ermöglichen und mit dem Projekt verbundene Konflikte lösen hilft.

Ziel des Modells ist, den hauptbetroffenen Gruppen im Rahmen eines UVP-Verfahrens durch klare und verständliche Informationen direkte Kommunikation über das Projekt, das zur Überprüfung heranzieht, zu ermöglichen. Formen der direkten Kommunikation, d.h. Formen, die Gesprächs- und Diskussionsmöglichkeiten zwischen Projektbetreiber und betroffener Bevölkerung ermöglichen, sollen helfen, der Zielsetzung des UVP-Gesetzes im Sinne der Bürgerbeteiligung besser nachkommen zu können.

Das Ephesos-Modell setzt zum Zeitpunkt der UVP-Anzeige ein und beendet seine Arbeit mit der Abgabe der UVE (Umweltverträglichkeitserklärung) durch den Projektbetreiber. Es ist jener Zeitraum, der bereits im UVP-Gesetz rechtlich geregelt ist. Das eigentliche Behörden-Prüfverfahren hat jedoch noch nicht begonnen.

Dieser Zeitraum wurde deshalb gewählt, weil er den größten Einfluss auf das Projekt und damit auf die UVE ermöglicht, zeitlich eingrenzbar ist und bereits im Rahmen des UVP-Verfahrens liegt. Die Durchführung in diesem Zeitraum soll auch den betroffenen BürgerInnen signalisieren, dass der Projektbetreiber und seine Planer ernsthaft an Stellungnahmen und Vorschlägen und deren Aufarbeitung bzw. wo möglich Einarbeitung in die Einreichunterlagen interessiert sind.

Hauptbetroffene Gruppen im UVP-Verfahren sind:

- der Projektbetreiber (Antragsteller), seine Planer und seine Experten
- die Behörde und ihre Gutachter
- die BürgerInnen des betroffenen Projektstandortes bzw. - bei einer Verkehrsstrasse (Bahn, Straße) - der betroffenen Standorte.

Durch den Kommunikations- und Arbeitsprozess beim Ephesos-Modell können alle Gruppen ihren "Nutzen" haben.

Nutzen für die BürgerInnen und GemeindevertreterInnen

Sie sind besser informiert, können daher klarer und effektiver Ängste, Fragen, Wünsche und Anregungen artikulieren und versuchen, dass der Projektbetreiber diese in seine Projektunterlagen einarbeitet. Erst aufgrund des Arbeits- und Kommunikationsprozesses im Ephesos-Modell werden die Betroffenen in der Regel in die Lage versetzt, qualitative Stellungnahmen im nachfolgenden Behördenverfahren abzugeben. Sie können so also besser dazu beitragen, dass in der Umwelt in ihrer Umgebung möglichst kein Schaden angerichtet wird. Schließlich sind die BürgerInnen und GemeindevertreterInnen durch die Arbeit im Ephesos-Modell gut auf das UVP-Behördenverfahren vorbereitet.

Nutzen für den Projektbetreiber und seine Planer

Er hat besser und effektiver die Möglichkeit, den vom Projekt Betroffenen das Projekt und seine Auswirkungen zu erklären und damit Ängste, die durch Nicht- oder Fehlinformation entstanden sind, abzubauen. Die "anderen" Wahrnehmungsinhalte seitens der Betroffenen führen

häufig zu einer tatsächlichen Projektverbesserung.
Der Projektbetreiber kann - soweit es möglich ist - Anregungen in das Projekt und für die UVE einarbeiten. Das hat zur Folge, dass Einwände, die ohne diese Einarbeitung im Behördenverfahren vorgebracht würden, bereits aufgearbeitet sind; damit wird die Anzahl der Einwände in der Regel reduziert.
Werden von den BürgerInnen diese bereits aufgearbeiteten Einwände "zur Absicherung" dennoch im Behördenverfahren vorgebracht, haben sie letztlich keine verzögernde Wirkung mehr.

Nutzen für die Behörde

Obwohl die Arbeit im Ephesos-Modell vor dem eigentlichen UV-Prüfverfahren stattfindet, ist auch die Behörde durch den Prozess und die Ergebnisse der Arbeit im Ephesos-Modell besser informiert. Die Behörde erhält nämlich alle Protokolle und Dokumente aus den Kommunikationsprozessen im Ephesos-Modell.

Die Hauptaspekte des Modells

Das Ephesos Modell ist Kernstück einer Öffentlichkeitsarbeitsstrategie, die auf Information und Mitwirkung ausgerichtet ist.

Eine so angelegte Informations- und Kommunikationsarbeit versucht,

zu überzeugen statt zu überreden,
Entscheidungen "im stillen Kämmerlein" zu vermeiden
Mitwirkung durch Rückinformation und Kommunikation zu ermöglichen.

Das Ephesos-Modell versucht diesen Anforderungen gerecht zu werden, indem

- + Betreiber und Planer hinsichtlich ihres Kommunikationsverhaltens beraten werden und Informationshilfsmittel auf ihre Verständlichkeit hin überprüft werden;
- + Gemeindevertreter und BürgerInnen über ihre Rechte im UVP-Verfahren

Das Ephesos-Modell versucht so einen demokratiepolitischen Beitrag zur effektiveren Umsetzung des UVP-Gesetzes zu leisten.

informiert

und beraten und zu einem gemeinsamen Kommunikationsprozess eingeladen werden. Sie erhalten alle dafür erforderlichen Projektunterlagen;

- + Vertreter der öffentlichen Medien kontinuierlich professionelle Informationen erhalten;
- + die zuständige UVP-Behörde über den Prozessverlauf informiert wird.

Das Ephesos-Modell kann nicht von einem Tag auf den anderen umgesetzt werden. Entsprechende Vorarbeiten bei allen oben angeführten Gruppen sind erforderlich. Diese Vorarbeiten bestehen in Implementierungsarbeiten wie

- Gespräche mit Gemeindevertretern zB über den Einladungsmodus
- Gespräche mit Bürgerinitiativen zB über deren Beteiligungsmöglichkeiten
- Information der Medienvertreter über Vorhaben und Grundzüge der Realisierung des Ephesos-Modells
- Gespräche mit Behördenvertretern über die Verknüpfung der Ergebnisse mit dem UVP-Verfahren.

Das Prinzip der Kommunikationsarbeit in Gesprächsforen

Wesentlichster Aspekt des Ephesos-Modells aus organisatorischer Sicht ist die Gliederung des Kommunikationsprozesses in Foren. Diese Foren werden aufgrund des Projektes und einer Analyse der Betroffenenstruktur zusammengesetzt und können daher von Projekt zu Projekt unterschiedlich sein.

Wichtig für die Zusammensetzung ist,

- + welche Arbeits- und Kommunikations-Ziele das jeweilige Forum haben soll;
- + dass alle Betroffenen zumindest durch Vertreter in einem oder mehreren Foren teilnehmen können.

Rahmenbedingungen für einen guten Verlauf der Arbeit in den Foren sind:

- * Ein klarer Zeitrahmen sowohl für die einzelnen Zusammenkünfte als auch für die Gesamtdauer muss vereinbart sein.
Durch die Verknüpfung mit dem UVP-Verfahren ist dieser Zeitrahmen der

- * Dauer nach im Prinzip mit mindestens sechs Monaten, also zwischen Anzeige des Vorhabens und Einreichung der UVE, vorgegeben.
- * Da die Mitarbeit in den Foren für die meisten Teilnehmer in der Freizeit erfolgt, ist auf eine straffe und sinnvolle Frequenz der Zusammenkünfte zu achten. Sie sollte sich danach richten, ob zB "neue Erkenntnisse" oder "Ergebnisse der Bearbeitung von Fragestellungen und/oder Vorschlägen" vorliegen.
- * Die Arbeitsweise muss klar geregelt werden. Sie ist auch Gegenstand in der ersten Sitzung des jeweiligen Forums und wird als schriftliche Vereinbarung festgehalten.
In dieser Vereinbarung sollten zumindest Regelungen zur Arbeitsmethode, zur Dauer des Prozesses, über Entscheidungsprozesse mit den damit verbundenen Verantwortlichkeiten und über die Rolle der Moderation enthalten sein.
- * Die einzelnen Zusammenkünfte müssen sowohl betreiberseitig als auch seitens des Prozessbegleiters professionell vorbereitet werden. Insbesondere ist auf eine verständliche Visualisierung (Pläne, Modelle, Overheadfolien, schriftliche Unterlagen für alle Teilnehmer) zu sorgen.

Die Teilnehmer in den Foren haben durch ihre Arbeit sowohl Einfluss auf die Projektgestaltung als auch - und das ist ebenso von großer Bedeutung - auf die Informationsarbeit gegenüber den nicht im Forum Vertretenen. Letzterer Aufgabe kann zB durch Vorschläge für BürgerInnenveranstaltungen oder/und durch schriftliche Informationen an alle Haushalte nachgekommen werden.

Das Prinzip der Moderation und Prozessbegleitung

Um eine professionelle, für alle Seiten faire und effektive Kommunikationsarbeit in den Foren, aber auch in den begleitenden Gesprächen und Informationsveranstaltungen zu gewährleisten, wird der gesamte Arbeitsprozess durch einen Moderator begleitet, der in keinem der beteiligten Sozialsysteme Mitglied ist. Daher kann diese Aufgabe aufgrund unserer Erfahrungen zB nicht durch einen Gemeindefunktionär (zB Bürgermeister) oder durch einen Betreiber-/Planervertreter oder durch ein Mitglied einer Bürgerinitiative oder durch einen Vertreter der Medien in der erforderlichen "neutralen" Weise wahrgenommen werden. Weil das Prinzip der Moderation für den Erfolg des Ephesos-Modells besonders wichtig ist, ist den Anforderungen an den Moderator/an die Moderatorin ein eigener Abschnitt in diesem Praxisbericht gewidmet.

Auch in anderen Ländern wird dieses Prinzip schon seit einigen Jahren erfolgreich angewandt: sowohl bei Bürgerbeteiligungsmodellen wie zB der Planungszelle nach DIENEL (1978) als auch bei Prozessen der Technologiefolgenabschätzung. Ähnliche Intentionen verfolgt das Modell der Mediation, das besonders in der USA - zwischenzeitlich auch in Deutschland - im Rahmen des Konfliktmanagements an Bedeutung gewonnen hat.

Durch die Moderation von Kommunikationsprozessen im Rahmen des Ephesos-Modells soll sicher gestellt werden, dass der Arbeitsprozess in den verschiedenen Begegnungen nach den Erkenntnissen und Erfahrungen aus den Kommunikationswissenschaften und zB der Gruppendynamik gesteuert wird.

Das heißt unter anderem, dass

- * Konfliktaustragung nicht nur zugelassen, sondern zum Nutzen für die Sache gefördert wird, ohne eine Eskalierung, die zum Abbruch der Kommunikation führen würde, entstehen zu lassen;
- * alle Ebenen einer Kommunikation (Sache, Emotionen, Beziehungen) im Forum zum Tragen kommen;
- * eine angstfreie Arbeits-Atmosphäre gefördert wird, indem die Gesprächspartner einander auf gleicher Ebene begegnen und Informationsgleichheit zB durch die Offenlegung aller Unterlagen, die dem Betreiber zur Verfügung stehen, hergestellt wird.

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, muss dem Moderator/der Moderatorin von allen Beteiligten in den Foren die absolute Steuerungshoheit hinsichtlich der Kommunikationsprozesse zugesprochen werden.

Das Prinzip der schriftlichen Dokumentation

Um den Prozess, Anfragen und Wünsche, Ergebnisse und Zusagen festzuhalten, aber auch um die Ernsthaftigkeit der Arbeit hervorzuheben, wird eine schriftliche Dokumentation seitens der Prozessbegleitung durchgeführt.

Diese schriftlichen Dokumente sind allen in den Foren, aber auch anderen Interessierten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ergebnisprotokolle aus den Foren sind auch Grundlage für spätere vertragliche Vereinbarungen zB zwischen Betreiber und Standortgemeinde(n).

Im Ephesos-Modell werden alle schriftlichen Unterlagen aus der Arbeit in den Foren auch der Behörde im Zusammenhang mit der Abgabe der UVE durch den Betreiber zur Verfügung gestellt.

Über die Qualifikation des Moderators

Der Erfolg der Arbeit des Ephesos-Modells hängt zu einem großen Teil an der professionellen Arbeit des Prozessbegleiters, des Moderators/der Moderatorin ab.

Daher wird der Qualifikation dieser Person auch ein eigenes Kapitel gewidmet.

Der Prozessbegleiter hat zusammengefasst folgende Aufgaben wahrzunehmen:

- * Er hat auf die Einhaltung der Prinzipien des Ephesos-Modells in allen Phasen des Prozessverlaufes zu achten.
- * Er steuert den Kommunikationsprozess bei allen Zusammenkünften aus der Rolle eines Mittlers.
- * Er fordert Ziel- und Zeitklarheit ein.
- * Er ist verantwortlich für das Kommunikationsmanagement, also unter anderem für Zusammensetzung der Foren, Einladungsvorgänge, Dokumentationen, Einhaltung von Zeitplänen und Informationsverteiler.
- * Er versucht Konflikte zu regeln.

Aufgrund der Aufgabenfülle ist es klar, dass das alles nicht von einer Person alleine wahrgenommen werden kann. Der unmittelbar steuernde Moderator wird daher von einem Team unterstützt - wir haben diese Unterstützung "Projektassistenz" genannt.

Der leitende Prozessbegleiter benötigt für die Wahrnehmung seiner Aufgaben zumindest folgende Qualifikationen:

- * theoretisches Wissen und Erfahrung mit gruppendynamischen und massenpsychologischen Vorgängen;
- * anwendungsorientiertes Wissen aus den Kommunikationswissenschaften und aus der Wahrnehmungspsychologie;
- * anwendungsorientiertes Wissen über Methoden und Mittel der mitwirkungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit;
- * Beherrschung von vielfältigen Arbeitsmethoden mit Gruppen bis hin zu verschiedenen Methoden der Präsentation und Visualisierung von Inhalten.

Zum Problem der Anerkennung des Ephesos-Modells durch alle Beteiligten

Die Anerkennung des Modells hängt in erster Linie mit dem Vertrauen in die handelnden Personen zusammen. Nicht das Reden über Vertrauen und das Appellieren insbesondere an die betroffenen Bürger, man solle dem Betreiber, dem Moderator doch Vertrauen entgegenbringen, schafft Vertrauen, sondern erst die im Verlauf des gemeinsamen Prozesses gesetzten Handlungen, Aussagen und Verhaltensweisen lassen Vertrauen oder Misstrauen wachsen.

Dies gilt besonders für die Arbeit des Moderators/Prozessbegleiters.

Er steht im Spannungsfeld, einerseits im Regelfall vom Betreiber bezahlt zu sein, andererseits die Rolle des neutralen Mittlers zwischen den betroffenen Parteien glaubhaft ausüben zu sollen. Daher muss gerade er von Beginn an allen Seiten vermitteln, dass er sowohl das Vertrauen den Betroffenen gegenüber aufbringt, dass diese ernsthaft an der "Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen" durch ihre Mitarbeit interessiert sind als auch durch seine Handlungen zeigen, dass er zwischen den Parteien steht und sich streng jeglicher wertenden Aussage im Zusammenhang mit dem Projekt enthält.

Wertungen und Beurteilungen durch den Moderator dürfen sich ausschließlich auf die Art und Weise des Informations- und Kommunikationsprozesses beziehen.

Grundsätzlich muss der, der etwas plant, wissen, ob er selbst bereit ist, initiativen Bürgern das Vertrauen entgegenzubringen, dass sie durch ihre Meinungen, Wahrnehmungen, durch die Artikulation von Ängsten und Vorschlägen zur Verbesserung des Projektes sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich der Glaubwürdigkeit leisten können und wollen. Der Projektbetreiber und seine Planer müssen also im Sinne von LUHMANN (1973) eine "riskante Vorleistung" erbringen, den Vertrauensbruch riskieren. Vertrauensbildung beginnt also bei dem, der Vertrauen entgegengebracht haben will, geht aber in einen Prozess über, der einen beidseitigen Einsatz erfordert; "und zwar in nicht umkehrbarer Reihenfolge: Zuerst der Vertrauende und dann der, dem vertraut wird." (LUHMANN, 1973, S. 67).

Eine gute Zusammenfassung über vertrauensbildende Grundkomponenten liefern LANGMAACK/BRAUNE-KRICKAU (1987). Diese Komponenten sind im folgenden Kasten dargestellt.

Ein Mensch ist unter folgenden Aspekten bereit, Vertrauen wachsen zu lassen

Zugehörigkeit

Er möchte beachtet werden, dabei sein können, auch wenn er sich anders verhält. Er möchte nicht gleich unter dem Druck des Sich-ändern-Müssen geraten.

Wertschätzung und Zuneigung finden

Er will mit seiner Art und seinen Grenzen respektiert werden. Er möchte ernst genommen und geachtet werden, auch wenn er nicht immer etwas beitragen kann. Er möchte unterstützt werden bei dem Versuch, etwas für ihn Neues auszuprobieren.

Einflussnahme

Er möchte mitbestimmen können, wohin "die Reise" geht. Er will Störungen und Wünsche äußern dürfen und damit gehört werden. Er will selbst entscheiden, was er tun oder lassen soll.

Spielraum haben

Er möchte experimentieren können, sich verändern dürfen und nicht gleich für den Rest der Zeit festgelegt werden.

Die Praxis

Das Projekt der HL-AG: "Güterzugumfahrung St. Pölten"

Die Güterzugumfahrung St. Pölten war das erste Projekt, das nach dem österreichischen UVP-Gesetz eingereicht wurde. Die Anzeige des Vorhabens erfolgte im Juli 1994 bei der zuständigen UVP-Behörde im Bundesverkehrsministerium.

Die Güterzugumfahrung St. Pölten ist ein wichtiges Teilprojekt des Ausbaues der Westbahnachse im Bereich Wien - St. Pölten zu einer Hochleistungsstrecke.

Mit dem Projekt Güterzugumfahrung St. Pölten soll:

- + durch den Bau der zusätzlichen Strecke die für den durchgehenden Gesamtausbau der Westbahnachse notwendige Kapazität geschaffen werden
- + die betriebliche Entlastung des Hauptbahnhofes vorangetrieben werden und dadurch die Möglichkeit für Verbesserungen im Bahnhof, vor allem für den Reiseverkehr, insbesondere im Regionalverkehr, geschaffen werden
- + der Güterverkehr aus dem dicht besiedelten Stadtkern verlagert werden
- + eine zweigleisige Strecke für den Güterverkehr, auch für hochwertige Güterzüge mit einer Geschwindigkeit von 120 km/h, errichtet werden.

Durch den Trassenverlauf sind insgesamt sechs Gemeinden betroffen. Sie sind also Standortgemeinden im Sinne des UVP-Gesetzes und waren daher in die Kommunikationsarbeit im Rahmen des Ephesos-Modell unmittelbar einzubeziehen.

Im Sinne des Ephesos-Modells wurden drei Arten von Foren eingerichtet:

- Die projektbegleitende Arbeitsgruppe (PAG)
- Das Regionale Forum
- Die Gemeindeforen.

Als schriftliche Informationshilfen wurden hergestellt:

- ein Folder "Umfahren statt Durchfahren - die Güterzugumfahrung St. Pölten"
- ein umfangreicher Ordner mit allen Detailmaterialien für die TeilnehmerInnen im Regionalen Forum und in den Gemeindeforen

Als Informationsstelle für interessierte BürgerInnen wurde das bereits installierte **Informationsbüro** im Zentrum von St. Pölten weiterbetrieben.

Regelmäßige Pressekontakte durch Presseaussendungen und -gespräche sorgten für nötige Hintergrundinformationen an die Gestalter von veröffentlichter Meinung.

Festgehalten werden muss, dass die Durchführung des Ephesos-Modells nicht "mit der Stunde Null" der Kommunikationsarbeit beginnen musste: die Projektleitung und ihre Planer hatten bis dahin schon zahlreiche Gespräche und Informationsveranstaltungen mit Bürgermeistern, Gemeindevertretern, Grundbesitzern und VertreterInnen von Bürgerinitiativen absolviert.

Die Installierung des Ephesos-Modells führte aber darüber hinaus zu einer professionell geplanten, moderierten und strukturierten Kommunikationsarbeit mit den Betroffenen. Die folgende Übersicht, soll einen Einblick in die zeitliche Abfolge der Arbeiten im Rahmen des Ephesos-Modells geben.

Überblick über die zeitliche Abfolge der Maßnahmen im Rahmen des Ephesos-Modells bei der Güterzugumfahrung St. Pölten

Zeitraum	Maßnahme der Kommunikationsarbeit	Pressearbeit
vor der UVP-Anzeige	Vorbereitende Gespräche mit Bürgermeistern der Standortgemeinden	zusammenfassende Presseaussendung
UVP-Anzeige	Infoveranstaltung für Gemeindevorstände der Standortgemeinden und der Anrainergemeinden Inhalt: UVP-Gesetz Sitzung der PAG erstes Regionales Forum	Pressegespräch
in sechs Monaten nach der UVP-Anzeige	Gründung und Durchführung der Gemeindeforen	6 Presseaussendungen Einzelgespräche
Fertigstellung der UVE	Sitzung der PAG zweite Tagung des Regionalen Forums	Pressegespräch

Die projektbegleitende Arbeitsgruppe (PAG)

Dieses Forum übernahm die Wahrung der öffentlichen, nationalen und internationalen Interessen, die mit dem Projekt im Zusammenhang standen. Die PAG tagte als beratendes Organ des Vorstandes der HL-AG und sollte konsensfähige Lösungen bei Kollision von gemeindespezifischen und regionalen Interessen erarbeiten. Dies war jedoch aufgrund der qualifizierten Arbeit der Mitglieder in den Gemeindeforen nicht notwendig. Weiters prüfte die PAG, inwieweit auf Gemeindeebene getroffene Entscheidungen mit landes- oder bundesweiten Zielen in Einklang standen.

Die projektbegleitende Arbeitsgruppe setzte sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- o Abteilung für Verkehrsplanung des Landes NÖ
- o Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz (ÖGNU)
- o Interessenvertretungen des Landes NÖ
(Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer)
- o Gemeindevertreterverbände der politischen Parteien in NÖ
- o Vorstand der HL-AG
- o HL-AG-Projektleitung und ihre Planer
- o Prozessbegleiter der Gemeindeforen

Gremien, die im Rahmen der UVP verfahrensprüfend agieren (zB Umweltanwalt) waren nicht Mitglieder der PAG.

Über jede Sitzung wurde ein ausführliches Protokoll verfasst, das jedem Interessierten zugänglich war.

Die PAG war das einzige Forum, in dem keine Gesprächsleitung durch einen externen Moderator durchgeführt wurde. Die Leitung der Sitzungen übernahm der Vorstand der HL-AG, das Protokoll wurde durch den koordinierenden Planer erstellt.

Das Regionale Forum

Das Regionale Forum hatte zur Zielsetzung, sich mit dem Projekt und dem UVP-Verfahren aus der Sicht der betroffenen Region, in gesamtheitlicher Betrachtungsweise auseinander zu setzen und die Interessen für die Gesamtregion zu vertreten und zu wahren.

Das Regionale Forum tagte im Verlauf des Kommunikationsprozesses zwischen UVP-Anzeige und UVE Abgabe zweimal. Es hat sich die im nachfolgenden Kasten stehende Geschäftsordnung gegeben und wurde vom Prozessbegleiter des Ephesos-Modells moderiert. Über jede Sitzung wurde ein Ergebnis - Protokoll verfasst.

Zur Mitarbeit im Regionalen Forum wurden folgende TeilnehmerInnen eingeladen:

- o alle für die Region zuständigen Abgeordneten zu den gesetzgebenden Körperschaften
- o alle Bürgermeister und Obleute der Umweltausschüsse der Standortgemeinden
- o alle Bezirkshauptleute der Bezirke, in denen die Standortgemeinden liegen
- o Vertreter der Bezirksstellen von Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und Landwirtschaftskammer
- o zwei Vertreter der Bürgerinitiativen, die regional gebildet wurden.

Arbeitsweise des Regionalen Forums

1. Die Arbeit im Regionalen Forum dient der Information und Kommunikation von Inhalten im Zusammenhang mit der GZU St. Pölten zwischen Vertretern der HL-AG und Vertretern des betroffenen Planungsraumes, die - mit Ausnahme der Vertreter aus den Standortgemeinden - gesamtregionale Interessen vertreten.
2. Die Sitzungen des Regionalen Forums werden von der HL-AG einberufen und von einem Moderator geleitet.
3. Das Regionale Forum kann der HL-AG Anregungen und Empfehlungen mit einfacher Stimmenmehrheit geben. Die Entscheidung und damit Verantwortung für die Verwirklichung bzw. Nicht-Verwirklichung dieser Empfehlungen liegt bei der HL-AG als gesetzlich verantwortliches Unternehmen. Eine Ablehnung von Empfehlungen ist den Mitgliedern des Regionalen Forums entweder in einer Sitzung oder schriftlich zu begründen.
4. Über jede Sitzung des Regionalen Forums wird ein Ergebnisprotokoll angefertigt und den Mitgliedern zugesandt.
5. Die Sitzungen finden in zeitlicher Abstimmung mit dem Arbeitsfortschritt der Gemeindeforen statt. Darüber hinaus kann im Bedarfsfall jedes Mitglied den Wunsch nach einer weiteren Sitzung an die Projektleitung oder an den Moderator herantragen.
6. Die Tätigkeit des Regionalen Forums zur GZU endet mit der öffentlichen Anhörung laut UVP-Gesetz.

Die Gemeindeforen

Die Gemeindeforen waren das Kernstück der Kommunikationsarbeit bei der Verwirklichung des Ephesos-Modells im Zusammenhang mit der Trassen-UVP. Die Mitglieder in diesen Foren sollten aufgrund ihrer örtlichen Detailkenntnisse in Diskussion mit den Planern der HL-AG den gemeindespezifischen Streckenabschnitt durcharbeiten und wo erforderlich Verbesserungen vorschlagen.

In jedem Gemeindeforum sollten auf Vorschlag des Prozessbegleiters des Ephesos-Modells von Gemeindeforen vertreten sein:

- * der Bürgermeister
- * die Ortsvorsteher oder Gemeinderäte der betroffenen Katastralgemeinden
- * der Umweltgemeinderat
- * der Gemeindegemeindeforensekretär
- * Anrainervertreter
- * Grundbesitzer
- * der Gemeindeforenarzt
- * Vertreter der Feuerwehr
- * Vertreter der Jägerschaft
- * Vertreter von Umwelt- und Naturschutzgruppen
- * Vertreter ortsansässiger Bürgerinitiativen

Die Bürgermeister der Standortgemeinden wurden über mögliche Zusammensetzung, Ziele und Arbeitsweise des Gemeindeforen in Vorgesprächen durch den Prozessbegleiter und die Projektleitung der HL-AG informiert.

Im selben Gespräch wurde auch das UVP-Verfahren und die Arbeiten, die im Rahmen des Gesetzes auf die Gemeinde zukommen, erläutert.

Die Entscheidung über die Nennung von Mitgliedern in das Gemeindeforen wurde den Verantwortlichen der jeweiligen Gemeinde überlassen.

Pro Standortgemeinde wurden durchschnittlich 20 bis 30 Teilnehmer entsandt. Die Einladung zu den Zusammenkünften der Gemeindeforen erfolgte durch die HL-AG.

Die Arbeitsweise in den Gemeindeforen sollte in drei Zusammenkünften erfolgen, die alle moderiert und deren Ergebnisse schriftlich dokumentiert werden sollten. Als grundsätzliche Hilfsmittel zur Darstellung und Visualisierung wurden Overheadprojektor, Pinwände und Originalpläne und -skizzen herangezogen.

Die geplanten Arbeitsschritte der drei Zusammenkünfte in den Gemeindeforen waren:

Erstes Treffen:

- + Darstellung des Projektes mit den gemeindespezifischen Ausprägungen.
- + Erläuterung des UVP-Verfahrens und der Möglichkeiten zur Stellungnahme durch Gemeinde und BürgerInnen.
- + Erste Sammlung von Fragen, Wünschen etc.

Zweites Treffen:

- + Begehung des Trassen-Projektgebietes in der Gemeinde.
- + Sammeln von Wünschen, Ideen, Bedenken und Vorschlägen.

Drittes Treffen:

- + Abschließende Sitzung mit Verlesung und Diskussion des Endprotokolles.

Die Erfahrungen mit diesen Arbeitsvorhaben in der Praxis werden auf den folgenden Seiten dargestellt.

Das erste Treffen im Gemeindeforum

In den meisten Gemeindeforen wurde die Zusammenkunft in einem eher gespannten und misstrauischen Klima begonnen.

Der Moderator stellte zunächst Zielsetzungen und Arbeitsweise im Gemeindeforum vor und einen Vorschlag zur Regelung der Arbeitsweise zur Diskussion. In allen Foren wurde der Vorschlag, dessen Inhalt im untenstehenden Kasten abgedruckt ist, angenommen. In der Folge wurde das UVP-Verfahren erläutert und der Trassenabschnitt, der die jeweilige Gemeinde betraf, durch die Planer im Detail dargestellt.

Wo erforderlich waren entsprechende Darstellungen von Profilen vorbereitet.

Alle Fragen wurden in ein Protokoll aufgenommen, wo möglich auch gleich beantwortet, die schriftliche Beantwortung in jedem Fall fixiert.

Am Ende der Sitzung wurde im Regelfall ein Termin für die Begehung vereinbart.

In zwei Standortgemeinden wurde der Wunsch nach einer zusätzlichen Information geäußert. In einer Gemeinde wurde daher vor der Begehung eine entsprechende Informationsveranstaltung über Grundwasserschutz und Lärmschutzmaßnahmen für das Gemeindeforum eingeschoben, wobei zum Thema "Lärm" auch eine Demonstration von Schall-Pegelwerten durchgeführt wurde. In einer anderen Gemeinde wurde eine zusätzliche Begehung der Anschlussstrecke der GZU durchgeführt.

Arbeitsweise der Gemeindeforen

1. Die Gemeindeforen dienen im Rahmen des gesetzlich vorgesehenen Stellungnahme- und Anhörungsverfahrens nach UVP-G der detaillierten Auseinandersetzung mit der in das UVP-Verfahren eingebrachten HL-Trasse, um den Standortgemeinden und den davon betroffenen Bürgern qualifizierte Stellungnahmen zu ermöglichen.
2. Die Sitzung der Gemeindeforen werden von der HL-AG einberufen und von einem Moderator geleitet. Die Sitzungen sind nicht öffentlich, jedoch muss der Inhalt des Ergebnisprotokolls Interessierten zugänglich gemacht werden.
3. Im Regelfall arbeiten die Gemeindeforen in drei Zusammenkünften, wovon eine als Begehung jenes Streckenabschnitts geplant ist, der die Gemeinde betrifft.
4. Das Gemeindeforum kann der HL-AG Anregungen und Empfehlungen (mit einfacher Stimmenmehrheit) geben. Die Entscheidung und damit Verantwortung für die Verwirklichung bzw. Nicht-Verwirklichung dieser Empfehlungen liegt bei der HL-AG als gesetzlich verantwortliches Unternehmen. Eine Ablehnung von Empfehlungen ist den Mitgliedern des Gemeindeforums in einer abschließenden Sitzung zu begründen.
5. Über jede Sitzung der Gemeindeforen wird ein Ergebnisprotokoll angefertigt und allen Mitgliedern zugesandt.
6. Die Tätigkeit der Gemeindeforen endet spätestens mit der öffentlichen Anhörung laut UVP-Gesetz.

Das zweite Treffen: die Begehung

Die Begehung stellte sich als wichtigster Arbeitsteil des Gemeindeforums heraus. Nicht nur, dass die Begehung wesentlich zur Verbesserung des Arbeitsklimas beitrug, half sie auch, die für die Gemeinde und Betroffenen wichtigsten Anliegen herauszuarbeiten.

In einigen Gemeinden gingen neben den Mitgliedern des Gemeindeforums noch andere unmittelbar Betroffene die Strecke mit ab.

Zur besseren Darstellung der Trassenführung steckten die Planer im betroffenen Trassenabschnitt Trassenbreite samt Lärmschutzmaßnahmen und charakteristische Profile aus. Damit war es für die Teilnehmer wesentlich besser vorstellbar, wie sich die Trasse in Natur und Landschaft auswirken würde.

Als Unterstützung der Teilnehmer an der Begehung wurden "Formulare" ausgegeben, die eine bessere und für den Schreibenden sichere Erfassung von Fragen, Ängsten und Anregungen ermöglichte. Das Formular war in einem Zweifach-Durchschreibe-Verfahren gedruckt worden. Das Original konnte sich der Teilnehmer zu Dokumentationszwecken behalten, eine Durchschrift erhielt die Planer- und Expertengruppe, die zweite die Projektleitung zur Bearbeitung. Der Aufbau des Formulars wird in der Folge dargestellt.

Stellungnahme zum Projekt GZU-St. Pölten HL - AG	
Name: _____	Gemeinde: _____
Adresse: _____	
Thema:	Anregungen/Bemerkungen/Kritik
<input type="radio"/> Lärmschutz	
<input type="radio"/> Flächenverbrauch Landwirtschaft	
<input type="radio"/> Natur- und Landschaftsschutz, Landschaftsbild	
<input type="radio"/> Infrastruktur/ Siedlungsentwicklung	
<input type="radio"/> Oberflächenwasser, Grundwasser	
<input type="radio"/> Sonstiges	

Die dritte Zusammenkunft: das Abschlusstreffen

Hauptpunkt der dritten und abschließenden Zusammenkunft war die Durcharbeit des Abschlussprotokolls.

In diesem Protokoll wurden alle Fragen, Anregungen, Wünsche aufgelistet und die Stellungnahme der HL-AG dargestellt.

Ergänzungen durch die Mitglieder des Gemeindeforums waren möglich.

Dieses Abschlussprotokoll und alle darin enthaltenen Zusagen/Ablehnungen wurden dann vom Vorstand der HL-AG an den Bürgermeister der Standortgemeinde als "Schlussbrief" übersandt.

Je eine Kopie des Abschlussprotokolls wurde auch den Einreichunterlagen mit der UVE beigelegt und somit an die Behörde übermittelt. Durch diesen Vorgang werden die Arbeitsergebnisse aus dem Ephesos-Modell auch im UVP-Behördenverfahren wirksam.

Ergebnisse der Überprüfung der Anwendung
des Ephesos-Modells bei der GZU

Auswertung der Fragebögen zur Arbeit in den Gemeindeforen Projekt "Güterzugumfahrung St. Pölten"

Bei dieser Befragung sind Fragebögen an alle Teilnehmer der sechs Gemeindeforen ausgesandt worden. 33 % wurden zurückgesandt.

Frage 1: Die Einladung zu den Gemeindeforen erfolgten rechtzeitig	66
zu früh	0
zu spät	4

Frage 2: Bei welchen Treffen waren Sie dabei	
1. Treffen	65
Streckenbegehung	43
Abschlusstreffen	49
keinem	0
Lärminfo	21
Thema Grundwasser	24

Frage 3: Die Zusammenkünfte bewerte ich	
3.a. Erstes Treffen	1 (sehr gut) 21
	2 (gut) 25
	3 (befriedigend) 5
	4 (schlecht) 3
	5 (sehr schlecht) 0
3.b. Begehung	1 (sehr gut) 20
	2 (gut) 13
	3 (befriedigend) 2
	4 (schlecht) 2
	5 (sehr schlecht) 0
3.c. Abschl.Treffen	1 (sehr gut) 13
	2 (gut) 25
	3 (befriedigend) 9
	4 (schlecht) 1
	5 (sehr schlecht) 0
3.d. Infotreffen	1 (sehr gut) 7
	2 (gut) 14
	3 (befriedigend) 12
	4 (schlecht) 1
	5 (sehr schlecht) 0

Frage 4: Waren Sie mit der Qualität der schriftlichen Unterlagen zufrieden	
ja	65
nein	2

Frage 5: Die Protokolle der Gemeindeforen waren ausreichend	57
zu umfangreich	4
zu knapp	2

Frage 6: Die Planer und Fachleute der HL-AG konnten d. Sachverhalte verständlich darstellen	
ja	57
nein	2

Frage 7: Die Moderation erlebte ich für den Informationsfluss fördernd	60
behindernd	0
Frage 8: Die Beantwortung unserer Fragen aus den Gemeindeforen erfolgte durch die Vertreter der HL-AG	
eher verständlich	57
eher unverständlich	2
Frage 9: Vor dem Treffen im Gemeindeforum war meine Einstellung zu GZU	
eher positiv	30
eher negativ	24
Frage 10: Sind genügend Treffen veranstaltet worden	
ja	59
nein	2
Frage 11: Hat für Sie die Zusammenarbeit im Gemeindeforum mit der HL-AG funktioniert	
ja	62
nein	0
Frage 12: Das Gesprächsklima im Forum war	
positiv	60
negativ	2
weiß nicht	3
Frage 13: Hat sich Ihre Einstellung zur GZU durch das Gemeindeforum geändert	
ja	17
nein	44
Frage 14: Meine Einstellung ist jetzt	
eher positiv	32
neutral	29
eher negativ	7
Frage 15: Zusammenfassend beurteile ich die Arbeit in den Gemeindeforen	
eher positiv	59
eher negativ	0
weder/noch	7
Frage 16: Die Gemeinde hat durch das Forum Zugeständnisse der HL-AG erreicht	55
Nachteile in Kauf nehmen müssen	2
weder/noch	11

Zusammenfassung

Es ist deutlich zu erkennen, dass die Mehrheit der befragten Personen positiv über die Arbeit in den Gemeindeforen denkt. Einige Fragen wurden in der Graphik nicht dargestellt, da sie das Bild verfälschen würden (unvollständig ausgefüllte Fragenbögen, etc.). Frage 3 verzerrt das Bild, da die Beurteilung nach dem Schulnotensystem war (1 sehr gut, 5 sehr schlecht). Bei Frage 13 ist die Verzerrung auf die Fragestellung zurückzuführen (Hat sich Ihre Einstellung zur GZU geändert?)

Als Schlussbemerkung kann festgestellt werden, dass die Arbeitsmethode in den Gemeindeforen sehr gut angenommen wurde. Die Auswertung bestätigt dies.

Literatur

- Dienel, Peter C.: Die Planungszelle.
Eine Alternative zur Establishment-Demokratie.
Opladen 1978
- Langmaak, Barbara/Braune - Krickau, Michael: Wie die Gruppe laufen lernt.
Anregungen zum Planen und Leiten von Gruppen.
München 1987 (2. Auflage)
- Luhmann, Niklas: Vertrauen.
Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität.
Stuttgart 1973 (2. Auflage)
- Kienast, Günther: Mit den Betroffenen.
Impulse zur praktischen Zusammenarbeit mit
Bürgerinitiativen. Wien 1988.